



# Ungeregelte Zuwanderung zurückführen, attraktiver für ausländische Arbeitskräfte werden!

---

Positionspapier

*Die Stimme der Sozialen  
Marktwirtschaft*

## Ungeregelte Zuwanderung zurückführen, attraktiver für ausländische Arbeitskräfte werden!

In den ersten sechs Monaten 2023 ist die Zahl der Asylbewerber in Deutschland gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 77 Prozent angestiegen. Die Spitzenposition nehmen Syrer ein – sie kommen mittlerweile zumeist aus der sicheren, aber wirtschaftlich zurückfallenden Türkei. Es folgen Afghanen, zumeist aus dem ebenfalls relativ sicheren, aber wirtschaftlich schwächelnden Iran, und Türken. Zusammen mit den über eine Million Ukrainern und 300.000 eigentlich Ausreisepflichtigen im Land droht eine Überforderung der Gesellschaft. Immer mehr Kommunen geraten an ihr Limit, Kita- und Schulplätze, Wohnraum sowie ärztliche Kapazitäten werden knapp. Nicht zuletzt steigen auch die Ausgaben für Sozialleistungen an ausländische Empfänger überproportional stark an. Zudem zeigen die Vorfälle verschiedener Sylvesternächte mit zahlreichen Straftätern ausländischer Herkunft oder die Jubelfeiern für die Hamas-Terroristen auf deutschen Straßen die Grenzen der Integrierbarkeit von Immigranten fremder Kulturkreise. Statt unregelmäßiger Immigration – getrieben u.a. durch einen überbordenden Sozialstaat mit vergleichsweise hohen finanziellen Zahlungen auch an (abgelehnte) Asylbewerber – muss die Zuwanderung besser gesteuert und stärker an den Bedürfnissen von Gesellschaft und Wirtschaft ausgerichtet werden. Vor allem aber muss Deutschland attraktiver für international mobile Fachkräfte werden, damit sich der Arbeitskräftemangel nicht zur Wachstumsbremse Nr. 1 entwickelt.

### Ungeregelte Zuwanderung zurückführen!

Angesichts der objektiven Gefährdung für Leib und Leben ist die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge ein selbstverständlicher Akt europäischer Solidarität. Während ukrainische Soldaten unter Einsatz ihres Lebens die Souveränität und Freiheit ihres Landes verteidigen, leistet Deutschland seinen Beitrag zum Schutz ihrer Angehörigen. Damit ist die Aufnahmekapazität der Bundesrepublik für Immigration aus humanitären Motiven jedoch weitgehend erschöpft.

In dieser Situation hat sich nun jedoch die Zahl ankommender Asylbewerber aus dem Nahen und Mittleren Osten drastisch erhöht: Im ersten Halbjahr 2023 sind die Asylanträge um 77 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum angestiegen, wie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mitteilt. Innerhalb der EU bleibt Deutschland Hauptzielland für Asylbewerber. Dabei stellen Syrer und Afghanen die beiden größten Gruppen, also gerade jene zwei Nationalitäten, die nach Berichten in der Berliner Sylvesternacht besonders auffällig waren.

Dabei kommen die Syrer mittlerweile häufig aus der sicheren Türkei, die Afghanen aus dem relativ sicheren Iran, wo sie zunächst eine Obhut gefunden haben, aufgrund der eingetrübten wirtschaftlichen Lage aber weiter gen Westen ziehen. Es geht dabei also weniger um den Schutz des eigenen Leibs und Lebens, als vielmehr um ökonomische Motive. Kein Zufall ist, dass die Asylbewerber nicht etwa in ihren Durchreiseländern, beispielsweise den EU-Staaten Italien, Kroatien, Polen oder Tschechien, bleiben, sondern nach Deutschland weiterreisen. Angesichts der vollkommen stabilen Lage in unseren südlichen und östlichen Nachbarländern sind dafür offensichtlich abermals wirtschaftliche Gründe ausschlaggebend. Die Bundesregierung hat zum Jahresanfang die Sogwirkung des deutschen Sozialstaates noch deutlich verstärkt, indem sie mit dem sog. „Bürgergeld“ nicht zuletzt von der Begrifflichkeit her das Signal

eines bedingungslosen Grundeinkommens aussendet. Zu den mit dem „Bürgergeld“ einhergehenden großzügigeren Transferzahlungen kommen weitere Ausweitungen des Sozialstaates: Mittlerweile werden in Deutschland 1,2 Billionen Euro für Soziales ausgegeben, wie aus dem aktuellen Sozialbericht der Bundesregierung hervorgeht. Die üppigen sozialen Leistungen in der Bundesrepublik sind weithin bekannt.

Gleichzeitig sind die Zuwanderer der großen Flüchtlingswelle der Jahre 2015 und 2016 noch immer mangelhaft in den Arbeitsmarkt integriert, wie eine aktuelle Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigt: Bei den 2015 ins Land Gekommenen lag die Erwerbstätigenquote Ende 2021 lediglich bei 54 Prozent und damit deutlich niedriger als im Bevölkerungsdurchschnitt von 80 Prozent. Gerade die Erwerbstätigenquote der weiblichen Immigranten ist auch nach sechs Jahren mit nur 23 Prozent extrem niedrig. Zugleich sind auch nach sechs Jahren noch immer 46 Prozent der als Asylbewerber ins Land Gekommenen auf Sozialleistungen (Arbeitslosengeld I, Arbeitslosengeld II oder Asylbewerberleistungen) angewiesen.

Insgesamt sind Ausländer unter den Transferempfängern stark überrepräsentiert. So liegt ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung bei knapp 14 Prozent, ihr Anteil an allen Arbeitslosengeld II-Empfängern dagegen bei 47 Prozent (laut Migrationsmonitor der Bundesagentur für Arbeit aus dem Juni 2023 haben 2,6 Millionen der 5,5 Millionen Arbeitslosengeld II-Empfänger einen ausländischen Pass). 2012, vor den großen Immigrationswellen, lag dieser Anteil dagegen lediglich bei 19 Prozent. Dass vor allem die in den Jahren 2015 und 2016 ins Land gekommenen Asylbewerber zu einem besonders hohen Anteil Sozialtransfers erhalten, zeigen die folgenden Zahlen des Migrationsmonitors der Bundesagentur für Arbeit: Von den hier lebenden Deutschen sind 5,3 Prozent auf Arbeitslosengeld II (mittlerweile als „Bürgergeld“ tituliert) angewiesen, dagegen 41,7 Prozent der Iraker, 47,1 Prozent der Afghanen und 55,1 Prozent der Syrer.

Auch vor dem Hintergrund der aktuell wieder besonders hohen Immigrantenzahlen aus dem Nahen und Mittleren Osten fordert der Wirtschaftsrat umso dringender:

- Sogwirkung des deutschen Sozialstaates verringern, das „Fordern“ der Transferempfänger stärker in den Vordergrund rücken.
- Leistungen für Asylbewerber grundsätzlich von finanziellen Zahlungen auf Sachleistungen umstellen, um deren Attraktivität zu verringern. Das gilt erst Recht für abgelehnte Asylbewerber.
- Ungebremsten Zuzug von Asylbewerbern aus sicheren Drittstaaten wie Tschechien, Polen und Österreich stoppen.
- Freiwillige Aufnahmeprogramme für zusätzliche Asylbewerber aussetzen.
- Schutz der EU- und Schengen-Außengrenzen verbessern, Grenzschutzagentur Frontex personell stärken und mit mehr Rechten ausstatten.
- Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) für Asylverfahren an den EU-Außengrenzen zügig umsetzen.
- Gleichmäßige Verteilung der Flüchtlinge auf sämtliche EU-Staaten durchsetzen.
- Mehr abgelehnte Asylbewerber abschieben, insbesondere straffällige.
- Zusätzliche Staaten als sichere Herkunftsländer einstufen.

Statt einer Zuwanderung in Sozialstaat und Parallelgesellschaften ist es unerlässlich, die Migration stärker an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes auszurichten – nicht nur, weil Integration in Beschäftigung die beste Voraussetzung für eine Integration in die Gesellschaft darstellt, sondern vor allem auch, um die dramatischen Konsequenzen des Arbeitskräftemangels in Deutschland abzumildern:

### **Zuwanderung lenken, Arbeitskräftemangel bekämpfen!**

Trotz der Auswirkungen des Ukraine-Krieges ist der Arbeitskräftemangel allgegenwärtig und wird sich in den kommenden Jahren massiv verstärken. Etwa ab 2025 treten die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand: Allein zwischen 2025 und 2035 wird die Zahl der jetzigen Bundesbürger im bisherigen Erwerbsalter um rund sechs Millionen zurückgehen. Gleichzeitig transformiert der digitale Wandel die Arbeitswelt (Stichwort „Arbeit 4.0“): Bis 2030 müssen 6,5 Millionen Beschäftigte auf ihren Arbeitsplätzen weitergebildet werden, 4 Millionen Arbeitsplätze fallen weg.

Demographiebedingter Arbeitskräfterrückgang einerseits sowie u.a. durch Digitalisierung ausgelöste höhere und veränderte Nachfrage nach Arbeitskräften andererseits treiben den Fach- und Arbeitskräftemangel: Bis 2030 werden in den Mangelberufen drei Millionen Fachkräfte fehlen, davon allein 1,1 Millionen im IT-Bereich. Doch bereits heute können mehr als die Hälfte der befragten Unternehmen – 51 Prozent – laut Fachkräftereport des Deutschen Industrie- und Handelskammertages ihre offenen Stellen zumindest vorübergehend nicht besetzen. In 2022 ist die Zahl der offenen Stellen auf den Rekordwert von 2 Millionen angestiegen. Den Arbeitskräftemangel erleben wir überall, auch Ungelernte im Dienstleistungsbereich werden händeringend gesucht. Über Arbeitskräfteengpässe klagen laut DIHK-Befragung beispielsweise 81 Prozent der Betriebe in der Sicherheitswirtschaft und 80 Prozent der Reinigungsdienste. 39 Prozent aller Dienstleistungsunternehmen geben an, auch Stellen für Personen ohne Ausbildung nicht besetzen zu können, in der Gastronomie sind dies sogar 68 Prozent.

Umso wichtiger sind effiziente Zuwanderungsmöglichkeiten für Fachkräfte. Neben den gesetzlich geschaffenen Möglichkeiten müssen dabei insbesondere weiterhin bestehende bürokratische Hürden abgebaut werden. Insbesondere ist die zügigere Visa-Vergabe an ausländische Arbeitskräfte entscheidend. Hilfreich könnten hierfür Zuwanderungsattachés in den Botschaften und Konsulaten sein, die die Bearbeitung der Einwanderungsanträge qualifizierter Arbeitskräfte beschleunigen. Wegweisend für mehr qualifizierte Zuwanderung ist insbesondere der Vorschlag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Fachkräften durch eine zentrale Einwanderungsagentur den Weg in den deutschen Arbeitsmarkt zu ebnen.

Gleichzeitig sind zur Verbesserung der Attraktivität des Arbeitsstandortes Deutschland niedrigere Steuern und Abgaben dringend erforderlich: Die aktuelle Analyse des Bundesfinanzministeriums „Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich“ zeigt einmal mehr, wie massiv der deutsche Staat seine Bürger wie Unternehmen finanziell zur Ader lässt. Für Singles ist Deutschland unrühmlicher Vizeweltmeister bei der Steuern- und Abgabenlast, die Quote liegt mehr als doppelt so hoch wie in der Schweiz. Diese enormen Abzüge sind verheerend für die Wettbewerbsfähigkeit des Arbeitsstandortes Deutschland. Auch deshalb haben zwischen

2015 und 2022 per Saldo über eine halbe Million Deutsche das Land verlassen, durchschnittlich 66.000 pro Jahr. Zuletzt, in 2022, lag die Nettoabwanderung Deutscher aus der Bundesrepublik sogar bei 83.000.

Den Arbeitskräftemangel bekommen wir nur in den Griff, wenn unser Land für die international mobilen Fachkräfte attraktiver wird. Hohe Sprachhürden und der geringe Digitalisierungsgrad sind ohnehin erhebliche Standortnachteile. Umso dringender muss die Bundesrepublik ihre rekordhohe Steuern- und Abgabelast für Arbeitskräfte drücken.

Kleine Unternehmen verfügen oftmals nicht über die Kapazitäten, im Ausland Fachkräfte zu rekrutieren. Umso wichtiger ist es, hier auf die Kompetenz der Zeitarbeit zu setzen und diese auch für die Anwerbung von Arbeitskräften aus Drittstaaten, außerhalb der Grenzen der EU, zuzulassen.

Die Eindämmung der unregelmäßigten Immigration einerseits sowie die gezielte Steuerung der Zuwanderung anhand der Bedürfnisse des Arbeitsmarktes andererseits sind entscheidende Säulen für unseren Wohlstand und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Berlin, November 2023